

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Geszentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Geszentwurfs)?		
Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts im Bereich der Justiz an das Gerichtsdolmetschergesetz		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	ATICOM Fachverband der Berufsübersetzer und Berufsdolmetscher	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Winzermarkstraße 89
	Postleitzahl, Ort	45529 Hattingen
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)
	Übersetzen / Dolmetschen
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
	<p>Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)</p> <p>Das GDolmG wurde verabschiedet, ohne ausreichend die Stellungnahmen der einschlägigen Verbände berücksichtigt zu haben, obwohl bereits im Vorwege bekannt geworden war, dass verfassungsrechtliche Bedenken bezüglich der Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestehen(s. Empfehlungen des Bundesrats vom 30.10.2019). Ferner finden die in der europäischen Richtlinie 2010/64/EU festgelegten Standards in Bezug auf Dolmetschleistungen und Übersetzungen in Strafverfahren keine Berücksichtigung. Des Weiteren wurden Übersetzer*innen und Gebärdensprachdolmetscher*innen ohne sachlichen Grund im GDolmG nicht berücksichtigt.</p> <p>Es sei außerdem angemerkt, dass staatlich anerkannte Prüfungen als Rechtsübersetzer*in (respektive Rechtsdolmetscher*in) nicht nur im Freistaat Thüringen, sondern auch in der bundesweiten Praxis quasi inexistent sind, insbesondere für Sprachen mit geringer Verbreitung. Überraschenderweise gilt dies jedoch ebenso für europäische Sprachen. Somit obliegt es nun den Bundesländern, für die benötigten Sprachen geeignete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Gerichte, Behörden und anderen Institutionen sowie Rechtsanwälte und Notare zu schaffen. Die Bildungshoheit der Länder sollte in den entsprechenden Curricula Eingang finden.</p> <p>Anzumerken ist ferner, dass die Qualitätsanforderungen des GDolmG die vieler Bundesländer unterschreiten (s. Hamburg, Bayern, Bremen u.a.) und eine unterschiedliche Ausgestaltung der jeweiligen Landesgesetze vs. Bundesgesetz bereits gegeben ist (s. unterschiedliche Entwürfe und Umsetzung der Bundesländer).</p> <p>Zuletzt möchten wir anmerken, dass sich nicht nur die auseinanderfallende Antragstellung eine Belastung für Kolleginnen und Kollegen, sowie für die Behörden darstellt, sondern dies hat auch das Auseinanderfallen der beruflichen Tätigkeit zur Folge. Weitere Punkte, zu den wir in unserer Stellungnahme mit Anmerkungen, Änderungen und Hinweisen eingehen, sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Fehlendes Vorranggebot - Akteneinsicht - Bezeichnung von „allgemeine ermächtigte Übersetzerin“ und des „allgemein ermächtigte Übersetzer“ (§ 15 Anwendungsbereich und § 17 Bezeichnung) - Voraussetzungen der allgemeinen Beerdigung und Ermächtigung (§ 15) - Fehlende Vereinheitlichung der Prüfungsinhalte - Bestätigung der Übersetzung, Pflichten der Übersetzer (§ 18) - Ordnungswidrigkeit (§ 21) - Übergangsbestimmung (§ 27)

5.	Wurden Sie von der Landesregierung gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hattingen, den 29.08.2022	